

Diese Zeitung erhebt  
die Klasse Gewerkschaft.  
Gesetz des Deutschen Reichs  
die Welt kommt 2.  
Gesetzgebung in die Welt  
sozialistische Welt. 6/6.

Kampagnenzeit:  
Wahlkampfzeitungen nach  
Spartakus - Tagungen der  
3 geteilten Sozialdemokratie  
50/4  
Sozialdemokratische Partei  
wird aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von W. Drey,  
Dienst der C. H. G. Meißner & Co., Berlin in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.  
Redaktionsbüro: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Mittelstraße 7, 2. Et. — Gewerbe-Zeitung 3002.

### Die dritte Tagung des Verbandsrates

erledigte am 24. und 25. Oktober 1921 im Gewerkschaftshaus in Hannover folgende Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes;
2. Unsere Lohnbewegung und zukünftige Taktik;
3. Erhöhung der Unterstützungen, besonders für Streik und Maßregelungen, Erhöhung der Beiträge?
4. Der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter;
5. Anträge zum Gehaltsgesetz;
6. Die Umänderung der Unterstützungsstufe;
7. Allgemeine Verbandsangelegenheiten.

Den Vorstandsbereich erstattet der Kollege Brey. Er schildert die Wirtschaftslage und die Bestrebungen sowohl des V.D.G.W. wie auch unseres Verbandes zur Behebung der zeitweise mit aller Schärfe auftretenden Arbeitslosigkeit. Besonders bei den bekannten 10 Punkten sind, soweit es die Verhältnisse gestatten, Maßregeln getroffen worden im Interesse unserer Mitglieder, der Arbeiterschaft überhaupt. Allerdings zum Generalstreik haben wir nicht gegriffen, er ist auch kein Mittel, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Alle Länder leiden schwer unter der Wirtschaftskrise, wirtschaftlich sogar schwerer als Deutschland. In England waren sogar die Bergarbeiter nicht imstande, einen Lohnabbau zu verhindern. Bei uns konnte sich neben anderen Ursachen auch wegen des achtstündigen Arbeitstages und wegen der Arbeitsstreckung die Arbeitslosigkeit nicht so auswirken wie in anderen Staaten. Wir sind als Organisation fortgeschritten und mit Erfolg für einen Preis- und Lohnausgleich tätig gewesen. Bis zum 6. Oktober d. J. hatten wir über 13 Millionen Mark für Lohnbewegungen verausgabt. Über auch die Unternehmer sind nicht unätig gewesen. Sie laufen wieder Sturm gegen das Streikpostenfesten, teilweise mit Erfolg, wie neuere Urteile beweisen. Auch international arbeiten sich die Unternehmer in die Hände. So haben holländische Unternehmer ihrer Arbeiterschaft gefragt, die deutschen Arbeiter arbeiteten über 8 Stunden.

Kollege Brey beschäftigt sich dann mit den Vorgängen in Wiesbaden, für die der Hauptvorstand die materielle und moralische Verantwortung ablehnen müsse. Die Ausschüsse wegen der Teilnahme an den kommunistischen Tagungen in Zena und Mostau sind durch das Statut begründet. Der Hauptvorstand hat außerste Nachsicht geübt, hat aber auch die Teilnehmer dieser Konferenzen gewarnt.

Im Anschluß daran referiert der Kollege Großmann zu Punkt 2 der Tagesordnung. Im wesentlichen führt er aus: Das Tempo unserer Lohnbewegungen beansprucht heute den ganzen Organisationsapparat. Ist auch das Ergebnis der Lohnbewegungen relativ gut, so ist doch der Reallohn heute geringer als in der Kriegszeit. Größere Vorsicht bei Lohnbewegungen ist nötig. Die Unternehmer stellen Fallen, die Arbeiter laufen hinein. Niederlagen und Entlassungen, damit aber auch Schwächung der Organisation und der Arbeiterschaft sind die Folgen. Unsere jüngeren Mitglieder müssen lernen, daß der Streik wohl das letzte Mittel im Kampf, aber kein Universalmittel ist. Es gereicht der organisierten Arbeiterschaft nicht zur Ehre, daß sie sich fortwährend Wutze gefallen läßt. Wir dürfen unsere Kräfte nur auf geschäftliche Dinge konzentrieren. In den einzelnen Quartalen dieses Jahres haben wir für Lohnbewegungen verausgabt:

|                              |              |
|------------------------------|--------------|
| im 1. Quartal 1921 . . . . . | 1 137 000 M. |
| 2. . . . .                   | 3 814 000    |
| 3. . . . .                   | 5 443 000    |
| im Oktober . . . . .         | 876 000      |
| 11 270 000 M.                |              |

dazu aus lokalen Mitteln . . . . .

zusammen 13 463 000 M.

Großmann beschäftigt sich dann mit der Vereinheitlichung der Tarife, streift die Soziallöhne und anderes.

Die Diskussion brachte manche gute Fingerzeige aus der Praxis und für die Praxis. Im Anschluß daran wurde beschlossen: „Um die Verbandsfunktionäre über alle wichtigen Verbandsangelegenheiten rasch zu orientieren, soll ein Mitteilungsblatt herausgegeben werden. Art und Form der Herausgabe bleibt dem Vorstand anheimgestellt.“ Ein Antrag, für die chemische Industrie eine Konferenz einzuberufen, wird dem Vorstand zur Entscheidung überwiesen. Angenommen wurde auch ein Antrag auf Erhöhung unseres Stammapitals um 400 000 M. beim Verband sozialer Bauherrn. Durch Beschluß wird dem Hauptvorstand Vollmacht erteilt, wenn nötig, sich zeitig um eine geeignete Kraft für die Kassenführung umzusuchen. Des weiteren erhält der Vorstand die Genehmigung zur Finanzierung des Balles für Expeditionsträume und eventuell die Errichtung einiger Wohnräume für neue Arbeitskräfte. Der Vorstand beschließt ferner, das Institut für Gewerbehyggiene jährlich durch einen Beitrag aus Mitteln der Hauptstiftung zu unterstützen. Der Hauptvorstand soll beantragen, daß dem Verband der Fabrikarbeiter Sitz und Stimme im Verwaltungsausschuß gewährt wird.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung sollte der Vorstand eine Note eingefügt. Helmann (Berlin) berichtet über das Ergebnis

der Kommissionsberatung. Die Vorschläge der Kommission werden, einschließlich einiger Ergänzungen, einstimmig angenommen. Danach beträgt der Beitrag vom 1. Januar 1922 an:

| in der 1. Beitragsklasse . . . . . | pro Woche 5,- M. |
|------------------------------------|------------------|
| 2. . . . .                         | 4,-              |
| 3. . . . .                         | 3,-              |
| 4. . . . .                         | 2,-              |

Im § 9 des Status werden im Absatz 5 die Worte: „das heißt männliche von der 2. in die 1. und weibliche von der 4. in die 3.“ gestrichen.

Zu Punkt 6 wird auf Antrag des Vorstandes beschlossen, die Unterstützungsstufe der Unfallunterstützungskasse für die Verbandsfunktionäre vom 1. Oktober 1921 an um 100 Prozent zu erhöhen. Nach einem Entwurf, den der Vorstand dem nächsten Verbandstag zur Beschlusssfassung überweist, soll die Unterstützungsstufe dahin erweitert werden, daß sowohl die angestellten als auch die nicht-angestellten Verbandsfunktionäre gegen Unfall und Invalidität versichert sind. Die Erwähnungen sollenbeiträgsfreie Mitglieder der Unterstützungsstufe sein.

### Der Tag der Revolution.

(Am 9. November.)

Nun fährt sich wiederum her Tag: der rote Tag, das Siegesfest, Da alle Nacht, die auf uns lag, zerschmolz bis auf den letzten Rest, Der Tag, da, Volk, dein Adler stieg zum hohen Himmel licht umstellt, — Da du im langen Sklavenkrieg zum lebendem das Schwert gepackt! Vergiß die Stunde nicht, die hoch dich rückt aus Dunkelheit und Schmach, Auf daß das schwere Knechtecho zentralisiert ist zu führen lag! Volk, bleibe wach, daß nicht entzieht ein Zug der Launheit dir dein Recht, Und daß es wieder zu dir heißt: Wer Knecht geboren, bleibe Knecht!

Set auf der Hut! Es laufen lang' schon rings um dich Verrat und List, Zeigt, daß, was dir dein Sieg errang, dir heilig war und heilig ist! Zeigt, daß die Kraft die nicht zerrinnt, wenn du der Herrschaft Zügel läbst! Braust noch so laut auch rings der Wind, lasz merken ihn, daß du regierst!

Bleib eingebett, daß man dich nie zurück in Unfreiheit jagt, Wo Freiheit und Demokratie am Steuer stehen unterzagt! Vorwärts! Ist auch die Stunde trüb, der Himmel hellt sich wieder auf. Und wer da Recht und Pflicht hat sich, nimmt auch den Kampf dafür in Kauf!

Drum schleift die Reihen! Geld stark! Geld treu! Die Stunde trägt ein ernst Geschick! Der heilige Tag verpflichtet neu schweden, der für Freiheit sieht. Die Rebellen fehn, der Herbststurm braust durchs Lahn, schwante Baumgeäst. Schlimm, Volk, mit deiner schwieligen Faust dein rotes Glück, dein Siegesfest!

L. L.

Die Sache für Streik- und Gemahregelten-Unterstützung befragt pro Woche:

| Zahl der<br>Wochendarbende | Klasse I | Klasse II | Klasse III | Klasse IV |
|----------------------------|----------|-----------|------------|-----------|
| 13 bis 26                  | 90       | 72        | 54         | 36        |
| 26 bis 52                  | 120      | 96        | 72         | 48        |
| über 52                    | 150      | 120       | 90         | 60        |

Außerdem für jedes noch nicht schulpflichtige und nicht schulentschlossene Kind 6 M. pro Woche, vorausgesetzt, daß das im Streik befindliche Mitglied Alleinverzehrer der Kinder ist.

Lebende männliche Mitglieder erhalten 6 M. pro Woche weniger.

Die Sache für Erwerbslosen-Unterstützung, umzugangs- und Sterbegeld werden um 50 Prozent erhöht.

Die Lokalteile sollen in Zukunft in folgender Höhe erhoben werden:

| Klasse | Grundbeitrag | Lokalteile               |
|--------|--------------|--------------------------|
| I      | 5,00         | 0,50—1,00—1,50 min.      |
| II     | 4,00         | 0,50—1,00                |
| III    | 3,00         | 0,25—0,50—0,75—1,00 min. |
| IV     | 2,00         | 0,20—0,40—0,50—0,75—1,00 |

Über den Punkt 4 der Tagesordnung referiert Kollege Haupt. Er bemängelt verschiedene Bestimmungen des Gesetzentwurfes über die Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter, insbesondere den § 6, der in seiner jetzigen Form für die Arbeiterschaft unannehmbar sei. In der Diskussion wird insbesondere auch gegen den § 20 Stellung genommen. Der Vorstand beschließt, für den Gesetzentwurf auf der chemischen Konferenz einen Rekurrenz zu bestellen. — Angenommen wird ein Antrag, der besagt: Hauptvorstand, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und die politischen Arbeitsparteien sollen sich gegen die Beleidigung der 48-Stunden-Woche in kontinuierlichen Betrieben wenden.

Zu Punkt 5 legt die Kommission für die Ausarbeitung eines Gehaltsgesetzes einen umfassenden Entwurf vor. Das Mindestgehalt soll in Zukunft 1500 M. betragen gegen 1000 M. seither. Nach eingehender Diskussion werden die Kommissionsvorschläge über das Gehaltsgesetz angenommen, das sich in seinem Ausbau nach Städteklassen, Gehaltsklassen und Dienstgraden dem seitherigen Regulativ anpaßt. Die Gehaltskommission soll bis zum nächsten Verbandstag bestehen bleiben.

### Die Wucherer.

Früher nannte man sie Bauern oder Landwirte, heute ist wohl die Bezeichnung Wucherer richtiger. Wenn auch der Handel zum Teil das Volk ausplündert, so handelt es sich bei ihm teilweise um Waren, deren Kauf man immer noch hinausschieben kann. Dagegen ist der Bauer lediglich Produzent der täglichen Nahrungsmittel, die niemand entbehren kann. Deshalb ist dieser Wucher der grausamste. Um so grausamer, als der Bauer mit seinen Angehörigen nicht weiß, was Hunger und Entbehrung bedeuten. Der Bauer handelt nicht in einer Notlage, aber er beutet die Notlage seiner ärmsten Mitmenschen aus, getrieben von purer Habgier und Geldgier. Selbst das gewöhnlichste, aber notwendigste Nahrungsmittel der Armen, die Kartoffel, muß ihm dienen als Mittel zur Expressivierung der letzten Pfennige der Altkrüppen. Das Gebaren dieser Wucherer ist um so widerlicher, als sie scheinheilig jeden Sonntag mit Gebetbuch und Rosenkranz zur Kirche laufen, als glaubten sie wirklich an einen gerechten Gott, der die Guten belohnt und die Übeln bestraft, der insbesondere die Wucherer zur ewigen Höllenstrafe verdammt. Käme Jesus unter diese Bauern, er würde sie mit einem Strick wieder aus dem Tempel jagen. Aber warum rühren sich seine Vertreter nicht? Die ganze Schar der Geistlichen ist müßig eingeschlafen. Warum? Sind sie die Gesanganten der Bauern? Einmal muß doch da nicht in Ordnung sein. Früher war es einmal anders. Auf dem Kongreß zu Wien im Jahre 1811 wurde der Wucher mit dem Auschluß vom Abendmahl und mit Verbrennung des kirchlichen Begräbnisbedenks bedroht. Und heute? Nichts sagend ist hierzu eine Notiz, die der „Weltwille“ in seiner Nr. 249 aus Leipzig (Nordhannover) bringt. Es heißt da: „Die Kirchenbesucher stricken! Pastor Robus hierzulande wollte am letzten Sonntag in dem Dorfchen Lengdenburg, das zu seiner Diözese gehört, einen Gottesdienst abhalten, zu dem aber niemand erschien war. Der genannte Geistliche hat in letzter Zeit gegen den hier eingetretenen Kartoffelwucher scharf Stellung genommen; vielleicht zürnen ihm deswegen die Lengdenburger. Sonst waren die Gottesdienste immer sehr gut besucht; am letzten Sonntag mußte Pastor Robus unterrichteter Sache wieder nach Lengdenburg zurückgehen.“ Diese Notiz spricht Bände. Und es ist heute so: der Bauer ist — von Ausnahmen abgesehen — Herr der Situation und ist manchmal von einer zynischen Prodigiosität, die nicht mehr überboten werden kann. Nun wollen die Bauern keine Wucherer sein, sie schließen gern alle Schuld auf die Händler. Ohne diese in Schutz nehmen zu wollen, muß doch betont werden, daß der schlimmste Rimmersalt der Bauer ist. Wer ihm keine Wucherzeite zahlt, bekommt keine Kartoffeln, mag er auch zugrunde gehen.

Es kommt einer Verteidigung des Wuchers gleich, wenn der demokratische (ein herrliches Wort) Abgeordnete Piräus im Preußischen Landtag erklärt: „Was nützen die niedrigen Preise, wenn keine Ware dafür zu haben ist.“

Einen Fall äußerster Müllerschäbigkeit gegenüber dem Elend teilt der „Vorwärts“ in seiner Nr. 499 mit. Es heißt da:

Die Agrarier wissen aus allen Blüten Honig zu saugen. Jeden Tag vergießt die agrarische Presse Tränen des Mitgefühls über das Elend der überzugslosen Flüchtlinge. In Wirklichkeit verstehen es die Agrarier, selbst aus dem Flüchtlingselend Profit zu schlagen.

In der Nähe von Guben befindet sich ein Lager, in welchem überzugslose Flüchtlinge untergebracht sind. Alle Bewohner, bei den dort ansässigen Großgrundbesitzern den Bedarf an Kartoffeln zu einem erträglichen Preis zu decken, sind schließen lassen. Die Agrarier erklären, daß sie selbst nicht verkaufen, sondern damit den Landbau beauftragt haben. Dieser Landbau wiederum verlangt Preise, die einfach unerschwinglich sind. Die Agrarier lassen gegenwärtig große Mieten herstellen, in denen die Kartoffeln eingegraben werden, und zwar nur deshalb, weil sie die Preise nicht bezahlt bekommen, die sie glauben fordern zu sollen.

Für Arbeit kann das deutsche Volk retten, hat es einmal eine Heilung an allen Strafenreden gehießen. Dabei müssen geistig und körperlich Arbeitende vorwiegend für die Wucherer arbeiten, und die Regierung ist außerstande, etwas dagegen zu tun. Sie hat zu wenig Macht hinter sich. Der staatliche Verwaltungsdienst ist eingestellt auf die kapitalistischen Interessen. Die Reichswehr und zum großen Teil die Polizei sind vorwiegend aus Bauernsöhnen zusammengesetzt. Mit diesen Organen könnte keine Regierung — selbst wenn sie wollte — die zurückgehaltenen Kartoffeln erlassen. Die Behörden werden also nicht helfen können. Helfen kann nur recht viel Geld, um die Wucherer fall zu machen. Und wenn dieses fehlt, was soll dann werden?

Es gibt nur ein Mittel, dem Uebel, d. h. dem Wucher, zu Leide zu geben. Entzündung des Grund und Bodens, der al-



## Dann entfallen:

| auf die Organisationen<br>für die | Anzahl besteuert<br>in Prozenten |
|-----------------------------------|----------------------------------|
| Nahrungsmittelindustrie           | 80                               |
| Gem.- und Holzindustrie           | 75—80                            |
| Gewerbeleiter                     | 70—80                            |
| Textilindustrie                   | 75—80                            |
| Druckindustrie                    | 80                               |
| Stahlbau                          | 25—70                            |
| Elektro                           | 80                               |
| Metallindustrie                   | 20                               |

Über etwa den russischen Wohldienstes die Schule an diesen und gleichzeitig diesen Kulturbüros zuziehen zu wollen ergibt sich aber, daß die russischen Gewerkschaften jenseits nicht in der Lage sind, auf Grund obiger Angaben irgendwie fassend mitten zu können.

## Gewerkschaftliche Nachrichten.

## Industrieberichte?

In letzter Zeit hat man auf Konferenzen und in Mitgliederversammlungen selber wieder kein Aufsatz nach Industrieverbänden. Sehr oft wird den Führern der Gewerkschaften der Vorwurf gemacht, sie seien das eigentliche Hindernis für die Schaffung solcher Organisationen. Nun ist bekannt, wie schwer es manchmal ist innerhalb einer Organisation einige Zählstellen zu vereinigen, die in einem Wirtschaftsbereich liegen. Die Mitgliedschaft verhindert es.

Innerhalb der 3 Verbände der Bäder und Konditorei, der Brauerei und Mälzereiarbeit und der Fleischer und Veragsgenossenschaft hat aus am 9. Oktober eine Abstimmung stattgefunden über den Zusammenschluß dieser 3 Organisationen. Hier das Resultat:

|  | Bäder und<br>Konditorei | Brauer und<br>Mälzer | Fleischer und<br>Veragsgen. |
|--|-------------------------|----------------------|-----------------------------|
| Mitgliederzahl                                     | 78 317                  | 76 000               | 23 539                      |
| Abgekommene insgesamt                              | 21 718                  | 87 325               | 9 728                       |
| Abgekommene mit 3. Quartal                         | 16 130                  | 18 226               | 9 156                       |
| Abgekommene mit 2. Quartal                         | 5 345                   | 21 034               | 552                         |
| Abgekommene mit 1. Quartal                         | 231                     | 65                   | 15                          |
| Prozentuale Beteiligung nach<br>der Mitgliederzahl | 29,62 %                 | 43,77 %              | 41,81 %                     |

Somit durfte vorläufig eine Vereinigung nicht zustande kommen. Es zeigt sich aber auch, daß das Interesse der Mitglieder an der Frage selbst gar nicht allzu groß ist. In keinem der beteiligten Verbände haben 50 Prozent der Mitglieder an der Abstimmung teilgenommen.

## 13. Kongress der S.A.I.D.

Der 13. Gewerkschaftskongress, der vom 9. bis 16. Oktober in Düsseldorf tagte, hat seine feindlichen Verhandlungen abgebrochen. Die wichtige Frage der Arbeitskörner (Generalversammlung) wurde einer für Dezember einberufenen Arbeitskörnerkonferenz, die Fragen der Frauen und Jugendlichen wurden den Konferenzen bisher Gruppen übertragen, und selbst sie für die Syndikaturen brennende Frage der Bezeichnung der gesetzlichen Betriebsräte wurde nur umgestritten, um an die Deutungsvorlesungen abzugeben zu werden.

Die eigentliche Arbeit des Kongresses brachte sich auf den zweiten Sitzungstag zusammen. Die 6 Tage vorher hatte man zur Abstimmung über den Berichtsbericht verhandelt, eigentlich nicht einmal dazu, denn es wurde nicht der Bericht beworben, sondern ein wilder Gaul persönlich gehabt. Der schließlich den alten Rudolf Röder, den Deutschenkongressen 1919 in diesem Lager, zur Abstimmung brachte. Entwickelte man er die Lüre zu und votierte nur mit Wissen von Seiten zurückhaltend.

Schon in seinem Geschäftsbereich wußte Röder ein recht tristes Bild vom Stand der Bewegung machen. In einigen Gebieten Rheinland-Westfalen mußte es nach Röders Bericht recht vorübergehend Schätzchen geben. Einzelne Gruppen haben in ihrer Heimat gegen "sozialistische Diktatur" nicht mit die Mitgliedschaft abgeschlossen, sondern auch das Beitragsdienst. Röders Klage, daß die Bewegung jetzt durch alle möglichen Spaltungserwerb und Eigenbröder überflutet worden sei, wurde durch die Dokumentierung des Kongresses bestätigt. Da haben in wölfenden, Bochum und mehreren anderen Städten, die an "gesetzl. Regel" eintraten, jene konservativen Kämpfer, die sich Individualisten nennen, Siebzigerkommunisten und noch anders nennen. Sie sprachen auch und verbündeten dabei eine Art mystischen Kloster-Heils: Keine Agitation in der Kloster. Die Kasse ist unverzichtbar! Sammelt wenige freiwillig gespendete Lusenstücke, die man durch das Beiblatt wird. Dann waren da mit ihren Anhängern Deutschtum und Sohn von den kommunistischen Kämpfern, und alle diese Gruppen arbeiteten in der Opposition gegen die angebliche Diktatur der Gewerkschaften mit einem Kreis von Bettler und Düsseldorfern, die nach dem Muster der kommunistischen Zellenbildung vorgingen.

Die Geschäftskommission hatte gerade in Düsseldorf als Kongressort einen schweren Stand, denn hier lebt Freiheit dort die erste kontraktuelle Tageszeitung dem Übrigen zu, indem er dort allen persönlichen Angriffen gegen die Berliner offizielle Leitung bereitwillig Raum gewidmet und die Berliner Opposition läßt. Er brachte den Gewerkschaften gegen die Geschäftskommission und Nebenamt des Universitätsrates vor, daß sie durch ihre Abstimmung der Generalversammlung die Kommunisten bestimmt und daß so die Agitation unter den Angehörigen der Roten Armee erschwert habe. Es wurde von Röder und anderen Behörden nicht ganz klar erläutert, auf wen es sich bezog, wenn sie sagten, daß die kommunistischen Spaltungskräfte mitten im Syndikat sitzen, und daß der volkseigene Betrieb Schönenbeck auch hier keine Führung gebe. Bruno Höller (Thales) ist der neue Sekretär des wichtigsten der sozialistischen Gewerkschaften. Er ist dazu nicht von einer Weisheit geschildert worden, sondern hat den Posten gewissenhaft in der Partei gewonnen. Er und sein Vorgesetzter Bläffert erschufen die gleiche Stimmung, und bei der Zusammenkunft der beiden Männer zog eine Delegierte den Namen Höller aus dem Kreis. Der zuständige Sekretär ist Vorsitzender der Kommission. Der Vorsitzende Höller und der Sekretär Höller wurden einstimmig wiedergewählt.

Die tolle für den Kongress vorgesehene Zeit war gut besetzt über den Geschäftsbereich aufgeteilt worden. Vertreten durch verschiedene Vertreter der syndikalischen Organisationen Schwedens, Hollands, Indiens und Amerikas (Industrial Workers of the World) die Vertreter ihrer Organisationen, um im Anschluß dann eine Abreise an die Welt-Arbeiter International zu richten und die Entwicklung einer von Westen nach Süden gehenden syndikalischen International einzurichten. Die Besprechungen dazu wurden aufgelöst des Ausgesetzen getrieben und der Kongress stimmte dem Plan zu durch die Annahme einer Abschließungsresolution demnächst ein Internationales Syndikat Kongress in Deutschland zu beschließen soll.

Am letzten Sitzungstag wurde nach einer Besprechung durch Röder einstimmig eine Änderung der syndikalischen Prinzipien erläutert, daß in Zukunft kein Kriegs- der Organisationskrieg einer politischen Partei angehören darf. Ein Besitzer hätte auch die Befreiungsfähigkeit zu einer Staatskraft als unvereinbar mit der Kündigung zu erklären, was abschließend dieser erklärt, daß der Syndikatstaat die Staatskraft. Dieser Prinzipien wurde aus den praktischen Erfordernissen heraus, wenn man zunächst die Künftigen gehörigen als Kämpfer annehmen, um sie in der Organisation zu etablieren. Ein weiterer Abzug erinnerte an die Entwicklung des sozialistischen Kampfes gegen die geplante Sozialversicherung bestätigt. Der nächste Kongress soll 1922 in Sankt Petersburg.

## Berichte aus den Zählstellen.

Düsseldorf. Am Sonntag, dem 16. Oktober 1921, fand im Hotel der Generalversammlung unserer Zählstellen, die das 3. Quartal 1921 bildet. Die Zusammensetzung lautet: 1. Direktorium und Wasserleitung, 2. Betriebsrat eines Betriebesmitglieds, 3. Betriebsrat. Vor Einführung in die Generalversammlung wurde das Urtheil der berufenen Kollegen in öffentlicher Weise gelesen. Auch all denen, welche in Düsseldorf durch das Jahrhundert explodiert sind, betroffen werden sind, wurde volle Teilnahme gestattet, und von der Zeitung mitgeteilt, daß die meiste eingekreiste Haltung bis zur Ende des Jahres von 22 705 Wohl ergeben hat. Die Annahme für die Mitgliedschaft hat neben dem Wert von 1820,00 DM erreicht. Der Mitgliedsbericht wurde vom Kollegen Hans, die Sachverständige vom Kollegen Hooper gegeben und die Abhandlung der Betriebsleitung am Stand von 1. bis zum Direktionsbericht ist zu entnehmen. Das 3. Quartal ist eine gewöhnliche Arbeit mit sich gebrachte hat, genauso wie das vorangegangene Jahr. Die Beziehungen erfreuen sich auf 33 Gewerkschaften und Betrieben sowie hierauf 36 Verhandlungen. Der Betrieb wurde 62 Betriebe an, insgesamt 666 Kollegen und Kollegen, davon weniger fern, bei 11 den Verbünden 5200 weitere Organisationen angehören. Die tatsächlichen Zahlen ist mit dem Ende des Quartals auf den Rückgang gefallen, so daß zur Zeit die Betriebe gut laufen. Einschließlich ein erhebliches Bringen, dem jedoch nur die Volksgruppe zugute zu liegen ist. Abreisen und Verhandlungen haben in den vergangenen Quartalen stattgefunden: Unternehmensverhandlungen 5 engere, 1. einschließende Betriebsverhandlungen 1, freifeste Sitze 21, Mitgliederversammlungen 2, Betriebsversammlungen 74, Betriebsräte und Betriebsamtsmitarbeiterverhandlungen 4, Konferenzen 9, außerordentliche Gewerkschaftsversammlungen 1, öffentliche Versammlungen 2. Nach dem Sachverständigenbericht der Gewerkschaften und Beziehungen der Gewerkschaft mit 136 262,80 DM, die der Betriebsrat mit 161 240,20 DM. Der Betriebsrat bestand für das nächste Quartal beläuft sich auf 115 141,55 DM. Die Mitgliedsbeitragsordnung mit Schluß des Quartals steht 3857 männliche und 1842 weibliche, insgesamt 5200 Mitglieder auf. Der Betriebsbericht wurde vom Kollegen Meier gegeben und auf Antrag bestießen dem Sachverständigenbericht. Bei Punkt 2 der Tagesordnung wurde nach eingehender Diskussion, welche ergab, daß die Generalversammlung zunächst eine Beitragserhöhung mit Regelung der Untersuchungsaufgabe (insbesondere für Stell- und Abstimmung) aufgeht, den Kollegen Hooper als Verbandsbevollmächtigter mit auf den Weg gegeben, damit er einzutreten, daß auf alle Fälle eine freiwillige Beitragsabstimmung nicht mehr eingeführt werden soll. Als Abstimmungsergebnis wurde unter Punkt 3 der Kollegen Karl Stein ergebnislos abgelehnt. Unter Punkt 4. Verschiedenes wurden einige Anfragen aus der Generalversammlung gestellt und von der Delegation beantwortet. Durch die Betriebsseite angekündigte Heizkosten wurde ein Antrag eingereicht, auch für diese öfters beispielweise Verhandlungen eingetragen, was genehmigt wurde. Nach Erledigung sonstiger interner Angelegenheiten kann die in aller Eile gehaltene Versammlung mit einem Appell zu weiterer konsolidierter Arbeit geschlossen werden.

Leipzig. Unsere Zählstelle hielt am 14. Oktober ihre Quartalsversammlung im Stollmann ab mit der Tagesordnung: 1. Entwicklung der Wirtschaft und gewerkschaftliche Tätigkeit (Referent: Gedenken). 2. Bericht vom 3. Quartal 1921. 3. Erhöhung der Betriebsbeiträge. 4. Gewerkschaftliches. Genosse Flechner während in einer längeren Vorlage die Entwicklung der deutschen Wirtschaft berichtete durch die Kriegs- und Waffenverhältnisse, und kreiste auch die übrigen am Freitag beteiligten Gewerke. Er mahnte die traurige wirtschaftliche Lage des internationalen Proletariats als Folge des kapitalistischen Systems und kam zu dem Schluss, daß die Lage des Proletariats nicht allein durch Kapitalismus, sondern durch politische Errungenschaften verbessert werden kann. Die Gewerkschaften müssen auch Sozialisten werden. Beim 2. Punkt gab Kollege Schönfeld einen kurzen Bericht über die Beziehungen und kam dann auf die Verhandlungen der Unternehmen, die aufgrund der Notwendigkeit zu befehlten, zu sprechen und wies bei der Gelegenheit auf die Fortpflanzung des jüdischen Arbeiters hin. Beziehungen hin. Kollege Werner gab den Kostenbericht. Die Hauptkasse bilanzierte mit 342 063,15 DM, die Volkkasse mit 231 716,45 DM. Der Mitgliedsbestand beträgt 10 424, das ist gegen das vorige Quartal eine Zunahme von 289 Mitgliedern. Beim 3. Punkt begann die Kollegen Schönfeld einen Antrag der Ortsverwaltung, den Betriebsbeitrag vom 1. November 1921 auf 2,00 DM und für Frauen auf 1,50 DM erhöhen, datum die Steuererhöhung des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, 116 381,70 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von 5405 mit Abgang des 3. Quartals erreicht. Die Hauptkasse hatte eine Erhöhung von 175 325,45 DM und eine Abnahme von 56 953,75 DM, konkurrenz der Gewerkschaften überwunden werden. Die Volkkasse hatte an Einschüben 180 851,49 DM, an Abgaben 38 182,50 DM. Erhielt ein Verbot von 122 668,99 DM. Sein Gesetzbericht führt Kollege Henkel aus, daß mit dem 3. Quartal ein Widerspruch zwischen 1. und 2. Quartal besteht und der 3. Quartal eine Mitgliedszahl von



# Beilage zum Proletarier

Nummer 45

Hannover, 5. November 1921

30. Jahrgang

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Die Arbeiterschaft der chemischen Großindustrie.

Von Kurt Duisberg

V.

Eine weitere Folgeerscheinung der gewaltigen Umstellung der chemischen Industrie auf Kriegsbetrieb war eine beträchtliche Verkürzung der Lebensmittelverhältnisse. Es zeigten sich die durch die Unterernährung beginnenden Erkrankungen in erheblicher Weise. Nach den Berichten der Betriebsräte und Gewerkschaften zeigten sich die Krankheitsfälle in den Jahren 1914 bis 1918 folgendezahlen:

|      | mit Gewerkschaftsmitgliedern | ohne Gewerkschaftsmitgliedern |
|------|------------------------------|-------------------------------|
| 1914 | 3 817                        | 8 800                         |
| 1915 | 4 915                        | 10 060                        |
| 1916 | 5 959                        | 13 250                        |
| 1917 | 9 506                        | 25 683                        |
| 1918 | 10 781                       | 22 817                        |

Im den Betrieben der württembergischen Großindustrie lagen die Lebensmittelverhältnisse für die Arbeiter ähnlich.

Nach einer vergleichenden Übersicht kommt Duisberg dann zu dem Schluss, daß das Ergebnis zeigt, daß die Arbeiterschaft der chemischen Industrie im Kriege einen erheblich schwiereren Stand hatte als die der anderen Industrien, was auch bei Beurteilung der weiteren Entwicklung stets beobachtet werden muß.

Ein nicht unerheblicher Faktor ist hier zu berücksichtigen, der stark auf die gesundheitlichen Verhältnisse einwirkt. Das ist die Menge der Arbeiter und Arbeitnehmer, die Scheu, sich krank zu schreiben zu lassen. Wir finden diese Erscheinung bei Beamten und Arbeitern namentlich im Kriege sehr häufig. Teilweise ist es die wirtschaftliche Lage des einzelnen, die ihn verhindert, sich krank zu nennen, teilweise ein stark ausgeprägtes Pflichtgefühl ist.

Was ist nun richtig? Ist das Pflichtgefühl bei der Arbeiterschaft zu mangelhaft oder zu stark ausgeprägt?

Die Scheu, sich krank schreiben zu lassen, ist keine Kriegsercheinung. Diese Tatsache ist jedem Arbeiterklassenbeamten und jedem Arbeiterkassenarzt seit langem bekannt. Sie hat ihre Ursache in der sozialen Not der Arbeiter, aber auch in der falschen Meinung, daß es eine Schande ist, krank zu sein. Herr Duisberg gibt auch noch einen anderen aufrüttenden Grund an, der in der Überbeschwerlichkeit mancher Arzte zu suchen ist.

Die gesundheitsschädlichen Folgen machten sich bei den Frauen in der chemischen Industrie stärker als bei den Männern bemerkbar. Das ist erklärlich, denn die Arbeit in der chemischen Industrie wirkt auf den weiblichen Organismus noch verheerender als auf die Männer. Hinzu kam, daß die Frauen unter dem Druck der wirtschaftlichen Not ihre Gesundheit in endloser Arbeit opfereten, um nur das Nötigste für den Unterhalt ihrer Familie zu beschaffen. Der schwächende Bestand der Arbeiterorganisation führte den Arbeitern in den ersten Kriegsjahren vollständig. Der gewerkschaftlichen Tätigkeit wurden aus denselben Gründen, die die Arbeitszeit ins Übermaß steigerten, unerhörte Schwierigkeiten gemacht, und die Frauen fanden den Weg zu ihrer Organisation nicht.

Duisberg kommt aber wieder zu einem falschen Ergebnis, indem er angibt, daß die Frau durch die Befähigung in der Industrie großen Gefahren ausgesetzt war, die insbesondere auf die hohen Arbeitslöhne zurückzuführen waren. Besonders wurden die moralischen und die typisch weiblichen Eigenheiten durch die Fabrikarbeit verdrängt. Schuld daran war der Mangel an Arbeitskräften während der Kriegszeit.

Neben die Kostentreiberei der Löhne während der Kriegszeit verbreitete sich Duisberg jetzt eingehend. Diese Darlegungen können aber übergangen werden, weil wir in der Erhöhung der Löhne kein Verdienst der Unternehmer erblicken, sondern nur die allernotwendigste Anpassung an die dauernd veränderte Lebenshaltung. Wir wollen den Ursachen der Preisspeicherung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel während der Kriegszeit in dieser Stelle nicht nachspüren. Sie sind nicht nur in der Wissenschafter Deutslands, sondern auch in dem unbegrenzten Erwerbssummen der Industrie und des Handels zu suchen. Fest steht aber, daß die angeblichen hohen Arbeiterlöhne während der Kriegszeit, bis auf einige ganz vereinzelte Ausnahmen, ins Leere der Fabel geführt. Das gilt auch Duisberg zu, denn er schreibt, daß das Streben der Arbeiter nach höherem Lohn begründet war, weil die Steigerung der Lebensmittelpreise der Lohnsteigerung dauernd vorauseilte und die Lebenshaltung der Arbeiter entsprechend werden mußte. Das Bild wäre unvollständig, wollten wir übergehen, daß Duisberg dieses Streben der Arbeiter nach höherem Lohn als töricht und schäbig bezeichnet, weil dadurch immer wieder neue Preisspeicherungen ausgelöst werden.

Mit diesen zwiespältigen Angaben muß sich der Volkswirtschaftler Duisberg ausseineranderzusehen versuchen, wie vermögen es nicht. Die Aussführungen Duisbergs hingen aus in folgenden Sätzen:

„Hier in allem zeigt sich in der überall steigenden Lohnskala das Befreden, die Arbeiterlöhne den wirtschaftlichen Lebensmittelverhältnissen anzupassen. Wenn gleich dies auch durch die immer schneller hochclimgenden Preise nicht befriedigend durchzuführen war, so konnte doch von einem Mangel an Einsicht in dieser Beziehung nicht die Rede sein. So hätte man doch den Arbeiter in erster Linie ruhig und arbeitsfähig zu erhalten, gewahrt man ihm doch alle Forderungen fast ausnahmslos, gab man doch ihm allein nach jeder Richtung hin eine bevorzugte Stellung.“

Diese Sätze werden auch heute noch nicht von den Arbeitern als richtig anerkannt und rufen wie erkaltete Beleidigungsworte alte unfruchtbare Kriegserinnerungen hervor. Wenn jedoch ist die ein diese unsichtige Kluftfassung getrocknete Schriftfolgerung, daß die Großindustriellen durch diese „finsternen“ Löhne den Arbeitern

lebenswerten Summenzonen bedienten würden. Das ist die Doktrin, welche in abgedrehter Form, dient sie vielleicht, daß den Großindustriellen zugerechnet wurde, die in ihrer ökonomischen Sphäre die Triebenaktivität mehr überlebenden Kriegszeit eine erstaunliche den Daseinsbedürfnissen ein „Gesamtklientel“ haben. Uralter stellen dann in der Demut fest, daß ihre Angehörigen von anstrengender, fast endloser Arbeit dachten müssten, weil Industrie, Handel und Handwirtschaft unter Ausnutzung der Kriegsschlüsselung Deutschlands, das deutliche Volk auszubauen und nicht einmal den Arbeitern einen zur Lebenshaltung unbedingt notwendigen Lohn zahlten. Mit diesem Druck gegen die Unternehmer und mit sanger Gorge um die Angehörigen in der Heimat gingen die Soldaten an die Front zurück. Diese Stimmung schuf das Bild von dem „Krieg der Kapitalisten“, das Duisberg der sozialistischen Propaganda zufügte, aber nicht erst am Kriegsende, sondern schon in einer sehr viel früheren Periode.

In der Sicht wird dann darauf hingewiesen, daß Rücksicht, Beobachter und Unternehmer ihr Wagnis nur auf die Zufriedenstellung der Arbeiter richteten, für die Not der Ungefeierten und Beamten aber nichts übrig hatten. Alle Kreise, die jetzt unter dem Druck der Forderungen der Beamten stehen, haben sich diese Entwicklung selbst zuzuschreiben, weil sie es unterlassen haben, einen Fehlgriff anzugeben, bevor ein Brand begann. Mit Dampfsätzen fest anmarschierten, wo das Haus brennt, kann den Schaden nicht mehr begegnen.

In dieser Sicht wird das Ergebnis, daß die Arbeiterschaft der chemischen Industrie im Kriege einen erheblich schwiereren Stand hatte als die der anderen Industrien, was auch bei Beurteilung der weiteren Entwicklung stets beobachtet werden muß.

Ein nicht unerheblicher Faktor ist hier zu berücksichtigen, der

sich auf die gesundheitlichen Verhältnisse einwirkt. Das ist die

Menge der Arbeiter und Arbeitnehmer, die Scheu, sich krank zu

schreiben zu lassen. Wir finden diese Erscheinung bei Beamten

und Arbeitern namentlich im Kriege sehr häufig. Teilweise ist es

die wirtschaftliche Lage des einzelnen, die ihn verhindert, sich krank

zu nennen, teilweise ein stark ausgeprägtes Pflichtgefühl ist.

Was ist nun richtig? Ist das Pflichtgefühl bei der Arbeiterschaft

zu mangelhaft oder zu stark ausgeprägt?

Die Scheu, sich krank schreiben zu lassen, ist keine Kriegsercheinung. Diese Tatsache ist jedem Arbeiterklassenbeamten und jedem Arbeiterkassenarzt seit langem bekannt. Sie hat ihre Ursache in der sozialen Not der Arbeiter, aber auch in der falschen Meinung, daß es eine Schande ist, krank zu sein. Herr Duisberg

gibt auch noch einen anderen aufrüttenden Grund an, der in der Überbeschwerlichkeit mancher Arzte zu suchen ist.

Die gesundheitsschädlichen Folgen machten sich bei den

Frauen in der chemischen Industrie stärker als bei den Männern

bemerkbar. Das ist erklärlich, denn die Arbeit in der chemischen

Industrie wirkt auf den weiblichen Organismus noch verheerender

als auf die Männer. Hinzu kam, daß die Frauen unter dem Druck

der wirtschaftlichen Not ihre Gesundheit in endloser Arbeit opfereten,

um nur das Nötigste für den Unterhalt ihrer Familie zu beschaffen.

Um nur das Nötigste für den Unterhalt ihrer Familie zu beschaffen,

wurde die Arbeiterschaft der chemischen Industrie im allgemeinen

nicht mehr von ihrem Wohnsitz Arbeit nehmen müssen und die

Freizeitigkeit aufgehoben war. Die Erholungsansprüche jedoch,

die von den Arbeitern zwar häufig in Anspruch genommen, denen

sie aber niemals Vertrauen entgegenbrachten, wurden von den

Unternehmern mit noch größerem Misstrauen belegt, weil sie vor

beiden gegebenenfalls ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen auf-

bedenken müssen. Wie schwer gerade das Hilfsdienstgesetz auf den

Arbeitern lastete und welche Waffe es in der Hand der Unter-

nehmer werden konnte, wenn, wie in Lebenslinien, nichtsdesto

ausgewandt, zeigt das von Duisberg entworfene Bild. Er gibt an,

dass bei strenger Durchführung des Gesetzes eine starke Abnahme

der Abgänge erfolgt sei, und zwar von 408 im Monat November

1916 auf 112 im Februar 1917. Ganz besonders wird hervorgehoben,

dass ein starker Anstieg von Januar auf Februar 1917

erfolgte. 327 Arbeiter verließen die Arbeitsstelle Lebenslinien im

Januar, und nur 112 im Februar 1917. Weit gewaltiger Druck

tonnte eine solche Wirkung hervorbringen? Die Arbeiter wissen

es nur zu gut. Und diese Wirkung, trotzdem auf Drängen und

unter Mithilfe der Sozialdemokratie dem Hilfsdienstgesetzentwurf

im Reichstag die gefährlichsten Gegenstände ausgetragen waren.

Ein Kapitel für sich bildet die Ernährungsfrage während der

Kriegszeit. Von den verschiedenen Seiten ist sowohl im Kriege

als auch in der Zeit nach der Revolution der Satz aufgestellt

worden: Der Verlauf der Arbeiterbewegung ist eine Magenfrage.

Duisberg tritt dieser Auffassung als einer allzu äußerlichen Be-

trachtung der Verhältnisse entgegen, gäbe aber zu, daß sie eine

gewisse Rolle spielt. Er ist der Meinung, daß man allenfalls bewußt war, dem Arbeiter das zum Leben notwendige zu ver-

schaffen. In erster Linie bedachte man die in den Kriegsbetrieben

beschäftigte Arbeiterschaft durch Zulieferungen von Lebensmitteln

Die großen Werke, darunter Lebenslinien, sorgten für bessere

Belastigung der Arbeiter durch Kriegszüge und verschafften im

übrigen an Nahrungsmitteln für die Arbeiter, was zu erreichen

war. Dadurch wurde die von der Regierung eingeführte

Nahrungsmittel-Zulieferung zwar durchsetzt, aber ein anderer Weg zur

Zufriedenstellung des Arbeiter, die doch niemals erreicht wurde,

war nicht gegeben. Die Firma vor der Arbeiterschaft ließ alle

Mühsätzen auf andere Gesellschaftsklassen schwinden. Man möchte

sich nicht vor, daß die Wirkung notwendig eine verhängnisvolle

sein mag, wenn man den Beamten- und Mittelstand auf Kosten

der Arbeiterschaft zugrunde gehen ließ.

Die im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Arbeiterausschüsse ge-

wannen immer mehr Einfluss auf die Lebensmittelverteilung in

den Betrieben, wo neben den Kriegszügen ja auch von den

Firmen besetzte Mengen zur Verteilung gelangten. Mit diesem

Einfluss wurde aber auch die Firma der Arbeiter, alle verfügbaren

Lebensmittel an sich zu reißen. Mit Argwohn wurde darüber

gedacht, daß beim Vorgesetzten an der Schwarzarbeit zu klageln

werde. So die große Firma, die die Arbeiterschaft

verschafft, die Arbeiterschaft zu kritisieren, und geschimpft wurde

auf jeden Fall.

Hier wird ohne Zweifel, daß bei der Lebensmittelverteilung

der Arbeiterschaften sind, fehlverstanden zum Schaden der

Arbeiter, daß diese aber nicht auf das Schuldzuweisungs

der Unternehmer und die Verantwortung der Unternehmer

zu legen sind. Wer dann eigentlich die Verantwortung für

Unregelmäßigkeiten im Betrieb zu tragen hat, beruft Herr

Duisberg nicht. Wer die Unregelmäßigkeit der Arbeiterschaft auf den

Unternehmer stellt, so kann die Arbeiterschaft, die Arbeiterschaft

der Unternehmer, die Arbeiterschaft der Unternehmer, die Arbeiterschaft

der Unternehmer bedienten würden. Das ist die Doktrin, welche in abgedrehter Form, dient sie vielleicht, daß bei gleichmäßiger Verteilung ihnen ein großerer Lohn zufallen müsse. Die Entdeckung großer Posten erfahrlässiger Lebensmittel für die höheren Beamten verschaffte großer demütiger Arbeitern steigerte das Miteinander der Arbeiterschaft höchst. Dieses leidet Herr Duisberg in keinen Betrachtungen übersehen zu haben.

Weiter wird die Stellung der Meister und Betriebsführer zur Arbeiterschaft während der Kriegszeit behandelt. Gerade im Kriege, wo es in erheblicher Weise auf die Behandlung der Arbeiter ankam, waren die Meister und Chefleute dieser Aufgabe nicht gewachsen. Duisberg sagt ganz bestimmt, sie waren die Aufgabe grundsätzlich nicht gewachsen. Der Beweis ist nach Duisberg folgender: „Meister und Betriebsführer waren in gleicher Weise, wie alle sonstigen nicht handarbeiter, angewiesen auf die rationierten Lebensmittel und, da mit ihnen nicht auskommen war, nur allein auf Schleißhandelsware. Die vielen Fleißamtieren und zur Arbeit überwiesenen Hilfsdienstpflichtigen, die vielfach vom Lande waren oder gute Verbindungen hatten, wußten in geschickter Weise die Verhältnisse auszunutzen. Unter dem Druck der Forderungen der Beamten ließen sie ihren Vorgesetzten Lebensmittel, was von diesen nur als durstig angesehen, begeißt werden konnte und was, rein durstig, durch

